



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/49 - 27,2,54. BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Kartellgesetz "auf Eis"	S. 1
Verschärfte Parteienkämpfe in den USA	S. 3
Karneval in der Sowjetzone	S. 5
Unbekannte Lager im Osten	S. 6

Die Industrie - Staat im Staate

F.B. Der Streit um das Kartellgesetz beschäftigt die deutsche Öffentlichkeit nicht erst seit gestern. Der erste Deutsche Bundestag befaßte sich mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung bis zum Sommer 1953 und mußte seine Arbeiten einstellen, weil die Zeit kam. Nach den Bundestagswahlen aber entbrannte der Streit erst in voller Schärfe. Bundeswirtschaftsminister Erhard verteidigte seinen Gesetzentwurf, der die Verbotsgesetzgebung zum Kern hat, während die Industrie in der massivsten Form auf die Koalition und den Bundeskanzler einwirkte, um die sogenannte Mißbrauchsgesetzgebung in der Regierungsvorlage zu verankern.

Es soll hier nicht zum materiellen Inhalt des Gesetzes Stellung genommen, sondern nur herausgestellt werden, wie sehr sich die Industrie mit ihrer Einflußnahme zu einer Überstaat entwickelt.

Am 18. Februar 1954 meldeten die "Vereinigten Wirtschaftsdienste" (VWD):

"Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 17. Februar beschlossen, den Kartellgesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums an den Bundesrat weiterzuleiten. Es handelt sich dabei um den Gesetzentwurf, der bereits in der letzten Legislaturperiode dem Bundestag zur Beschlussfassung vorgelegen hat".

Am 19. Februar 1954 meldete VWD:

"Der Entwurf des Kartellgesetzes sei vom Bundeskabinett am 17.2. noch nicht abschließend behandelt worden, erwähnt VWD von gut unterrichteter Seite. Wie verlautet, soll der Entwurf noch Gegenstand weiterer Beratungen im Kabinett sein. Alle an dieser Gesetzgebung interessierten Kreise legten auf eine beschleunigte Behandlung des Entwurfs Wert. Es würde danach möglich sein, daß der Entwurf im März im Bundesrat und schon im April im Bundestag erörtert wird".

Am gleichen Tage brachte dieser Wirtschaftsdienst noch einen ausführlichen Kommentar unter der Überschrift "Kartellgesetz einen Schritt weiter". Wenige Tage später, als in der Öffentlichkeit Vermutungen laut wurden, nach denen die Industrie in der massivsten Art und Weise eine Zurückstellung des Entwurfs verlangt habe, meldete wieder VWD am 22. Februar 1954:

"Auf Anfrage verlautet aus dem Bundeswirtschaftsministerium, daß das Bundeskabinett den Kartellgesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums am 17. Februar endgültig verabschiedet hat. Es kann deshalb als sehr unwahrscheinlich angenommen werden, daß das Kabinett sich noch einmal mit dem Fragenkomplex beschäftigen wird. Der Entwurf geht jetzt zur ersten Lesung an den Bundestag".

Nun, das Bundeswirtschaftsministerium dürfte sich geirrt haben, denn am 27. Februar meldete "Die Welt", daß die Bundesregierung das Gesetz "überraschend nicht an den Bundesrat weitergeleitet hatte". Professor Erhard sah sich noch am Abend nach der Beratung vom 17. Februar im Kabinett bei einem Zusammentreffen mit Vertretern der Industrie heftiger Kritik ausgesetzt. Die Industriellen bemängelten dabei vor allem, daß Erhard entgegen ihren Erwartungen an der Verbotsgesetzgebung festgehalten habe. In unterrichteten Kreisen galte es als feststehend, daß das Gesetz von der Bundesregierung nicht an den Bundesrat weitergegeben werde und mit einer Aussprache zwischen Professor Erhard, Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Vorsitzenden des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, zu rechnen sei.

Die Vorgänge der Behandlung dieses Gesetzes zeigen heute in aller Deutlichkeit, welcher Druck von der Industrie auf die Bundesregierung und den Gesetzgeber ausgeübt wird. Nicht zuletzt aber dürften bei diesen Vorgängen die kommenden Landtagswahlen eine Rolle gespielt haben, die die Koalitionsparteien natürlich nur mit der finanziellen Unterstützung der Industrie führen können. Nachdem der Präsident der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf erst kürzlich mit brutaler Offenheit erklärt hat, daß die Koalitionsparteien keinen Pfennig zu erwarten hätten, wenn sie den Wünschen der Industrie nicht nachkämen - das bezog sich damals auf die Steuerreform - zeigen diese Vorgänge erneut, wer sich anschiebt, der wirkliche Herr im Staate zu werden.

Eisenhower und die Demokraten

H.S.-New York, Ende Febr.

Die Tradition will es, daß der "Lincoln-Day" stets eine große Heerschau der Republikanischen Partei ist, die in Versammlungen, Banketten und politischen Picknicks im ganzen Lande ihren großen Parteimann ehrt - genau so wie wenige Wochen später am "Jefferson-Jackson-Day" die Demokraten ihre beiden großen Parteigründer und Staatsmänner aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts feiern. Nun ist mit der Technik, den Gedenktag eines Volkshelden für die parteipolitische Propagandatrommel zu verwenden, natürlich eine große Gefahr verbunden; die Republikaner haben gewöhnlich am Lincoln-Tag diese Gefahr dadurch umgangen, daß sie das Einigende unterstrichen und das Trennende wegließen. Da Lincoln ein liberaler Volkstribun, ein Mann der Freiheit und des Fortschritts war (die amerikanischen Neger verdanken ihm die Aufhebung der Sklaverei), ist das auch recht leicht möglich; viel schwieriger ist es für die heutigen konservativen Republikaner, eine Verbindung zwischen Lincolns Liberalismus und der Bremspolitik der heutigen Republikaner aus der Schule Tafts herzustellen.

Nun, sie haben dieses Jahr auch völlig darauf verzichtet und haben dafür den Gedenktag des Befreiers zu einer Generalattacke auf die oppositionelle Demokratische Partei ausgenutzt, die sogar für die an hinterwäldlerische Rauheit gewöhnten Amerikaner reichlich wild war. Gouverneur Dewey, sonst ein gemessener und keineswegs extremistischer Mann, rief auf einer Ansprache aus, daß das Wort "Demokratische Partei" identisch geworden sei mit den Begriffen Verrat, Korruption und Begünstigung des Kommunismus; Senator McCarthy reiste in der ganzen Woche des Lincoln-Tages quer durch das Land, um in möglichst vielen Städten und über möglichst viele Rundfunkstationen einen Vortrag mit der Thema "Zwanzig Jahre Verrat" zu halten (womit natürlich die zwanzigjährige Era Roosevelt-Truman gemeint war); und Senator Jenner, nächst McCarthy der "dynamischste" Mann auf dem rechten Flügel der Republikanischen Partei, beschuldigte in öffentlicher Ansprache Truman, Marshall und Acheson, absichtlich und vorsätzlich für die Niederlage der amerikanischen Truppen in Korea gearbeitet zu haben.

Bumerangwirkung

Diese ungewöhnlich hitzigen Attacken gegen die gegnerische Partei überschritten nun aber die ungeschriebenen Gesetze der amerikanischen Innenpolitik und übten daher eine Art Bumerangwirkung gegen ihre Urheber aus. Bei aller Schärfe des Parteidonkampfes, an den Amerika gewöhnt ist, gilt es dennoch als Selbstverständlichkeit, das Prinzip des Zweiparteiensystems als gesund und unersetzlich anzuerkennen - und damit die Existenzberechtigung der Gegenpartei nicht zu bestreiten. Die Gegenpartei in Bausch und Bogen des Verrats oder der nationalen Schädlichkeit zu beschuldigen, gilt als unfair und verbotener Trick. Alle diese Dinge sind aber in der Hitzigkeit der Lincoln-Feier erfolgt - und auch wenn man beschönigend hinzufügt, daß der bevorstehende Herbstwahlkampf seine Schatten weit voraus wirft und bereits jetzt die Atmosphäre vergiftet, so nimmt das dennoch dem Gewicht der gegen die Oppositionspartei erhobenen Vorwürfe nicht viel von seiner Schwere.

Innerpolitische Schlüsselposition der Demokraten

Im demokratischen Lager hat man diese Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge mitangesehen. Besorgnis und Bestürzung zog in den Gemütern der verantwortlichen Parteistrategen, im Kongreß wie in der Parteimaschinerie, ein, weil sie fürchten, ein Teil dieser Anschuldigungen werde seine Wirkungen nicht verfehlen und am Wahltage doch manchen Ex-Demokraten zur Stimmabgabe für die Republikaner bewegen; umgekehrt aber rief man sich hier und da die Hände, weil die "Dynamik" der Lincoln-Festrede der Demokratischen Partei in beiden Häusern des Kongresses eine unerhört günstige taktische Position einräumt, die sie geradezu in die innenpolitische Schlüsselposition des ganzen parlamentarischen Betriebes versetzen.

Der Präsident, der angesichts der ziemlich gleichstarken Vertretung beider Parteien im Kongreß genau weiß, daß er sein Regierungsprogramm ohne massive Hilfestellung der Demokraten unmöglich im Kongreß durchsetzen kann, befindet sich in einer unglücklichen Zwangslage. Er ist auf die wohlwollende Unterstützung der Demokraten, oder wenigstens der Mehrheit ihrer Kongreßfraktion, angewiesen und darf sie nicht unnötig vor den Kopf stoßen. Genau das aber haben die Heißsporne in der Umgebung des Präsidenten mit ihren Lincoln-Tag-Attacken getan. Sogleich setzte die unvermeidliche Reaktion ein: Die Heißsporne der Demokraten, die es dort natürlich ebenso gibt wie auf der Gegenseite, erklärten rundweg, in die totale erbitterte Opposition zu gehen, und selbst bei den etwas kühleren Parteistrategen war die Stimmung groß, den Fehdehandschuh aufzunehmen und die Republikaner auf ihre These vom "demokratischen Verrat" herauszufordern. Der Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Repräsentantenhaus, Sam Rayburn aber und einige andere alte Füchse der demokratischen Parteiführung suchten diskret Präsident Eisenhower im Weißen Haus auf und erklärten ihm, wo seine Verantwortung liegt - und was er riskiert, wenn er seinen Parteifreunden weiterhin freie Hand lassen würde.

Wirkungsvolle Intervention

Die Intervention wirkte unverzüglich. Eisenhower distanzierte sich auf seiner nächsten Pressekonferenz von der "Verrats"-Theorie, erwies der Demokratischen Partei, einschließlich seines Amtsvorgängers Truman, seinen Respekt, erklärte nachdrücklich, man solle das Graben in der Vergangenheit einstellen und lieber vorwärts blicken, und unterstrich die Notwendigkeit der demokratischen Mitarbeit an seinem Programm. Prompt schwenkten verschiedene führende Persönlichkeiten der Republikanischen Partei, zum Beispiel der Fraktionsvorsitzende Senator Knowland, in Eisenhowers Fahrwasser ein und wurden über Nacht milder und versöhnlicher - während freilich Jenner und McCarthy nichts zurücknahmen und bei ihrer Taktik verblieben. Die Gegensätze in der Republikanischen Partei sind dadurch vertieft und die Bitterkeit der "Rechten" gegen Eisenhower vermehrt worden. Die sich erhitzende Wahlkampfatmosphäre wird es Eisenhower weiterhin erschweren, seinen gradlinigen Kurs erfolgreich zu Ende zu steuern.

+ + +

Politischer Karneval

EZ - Berlin

Der "neue Kurs" der SED entwickelt ungeahnte Aussichten, seitdem sich seine Initiatoren davon überzeugen mußten, daß mit ihm bisher im Volke keine Sympathien zu ernten waren. Das Stimmungsbarometer der Bevölkerung ist so tief gesunken, daß man den Gemütsregungen unbedingt die Möglichkeit eines Auslaufs geben möchte. Was lag da näher, als auch in den Städten der Sowjetzone einige Karnevalstage zu inszenieren, obwohl hier niemals Karneval oder Fasching zuhause gewesen sind. So kommt es 1954 zu einem SED-Karneval aus politischen Gründen, gewissermaßen zu einem Ablenkungsmanöver, mit dem die kommunistische Staatspartei den Versuch unternimmt, die freie Welt über die wahre Stimmung der Bevölkerung zu täuschen und die Deutschen der Zone selbst auf das Glatteis des Selbstbetruges zu locken.

Wie nötig die SED dieses Ablenkungsmanöver hat, geht daraus hervor, daß sich der Staat die ganze Sache sogar einen Produktionsausfall kosten läßt. Obwohl die SED um der Planerfüllung willen die Arbeiter sehr oft zur Sonntagsarbeit zwingt, wird zum Beispiel in Leipzig der Rosenmontag arbeitsfrei bleiben. Selbst die Universität und andere Leipziger Hochschulen, wo sonst keine einzige Minute bei der Erarbeitung des wissenschaftlichen volksdemokratischen Fortschritts vergeudet werden darf, müssen schließen.

Träger dieser ganzen Schaustellung sind die Kulturfunktionäre der SED in den Betrieben, die für die Teilnahme der ganzen Belegschaft am Rosenmontagszug verantwortlich sind. Wie die Leipziger SED-Presse berichtet, haben einige Betriebe aus ihrem Direktorenfonds Beiträge bis zu 1000,- M locker gemacht. Allein diese Tatsache zeigt, wie dringend die SED diesen Sowjetzonen-Karneval als Stimulus gegen die sich ausbreitende bleierne Lethargie der Bevölkerung benötigt. Sonst hätten die SED-Funktionäre diesen Fonds wie Fafnir den Goldschatz, selbst wenn es darum geht, soziale Verbesserungen in den Werken durchzuführen.

Der allgemeine Mummenschanz wird ebenfalls in behördlichen Bahnen gelenkt. Wochenlang vor den Karnevalstagen erhielt die Einwohnerschaft von Leipzig von der Tagespresse Anweisung, welche Kostüme

opportun sind, Am ungefährlichsten, so hat anscheinend die SED entschieden, sind die Alt-Leipziger Trachten. "Alt Leipzig wird wieder lebendig" - unter dieser Parole soll die Bevölkerung ihren Mummen-schanz treiben. Daß dabei von der kommunistischen Staatspartei ausdrücklich die Kostüme der bourgeoisien Vergangenheit, wie zum Beispiel des Biedermeier, ja sogar die altdutschen Trachten aus einem feudalen Zeitalter empfohlen werden, das gibt dem ganzen politischen Karnevalstreiben eine Note, die nicht der Ironie entbehrt. Rechte Narrenfreiheit wird es beim Sowjetzonen-Karneval nicht geben, dafür wird eine ausreichende volkspolizeiliche Überwachung sorgen. Die Götzen des Regimes werden auch durch die Narren nicht von ihren Thronen gestürzt werden dürfen, wenn man sich dafür nicht zehn Jahre Zuchthaus einhandeln will.

+ + +

Zum erstenmal Postschreiber aus Straflagern

Wir lesen in "Der Heimkehrer":

An der 500 km langen Strecke zwischen Taished und Irkutsk in Sibirien liegen 52 Gefangenenlager, über die in Deutschland bisher weder der Art noch der Zahl nach etwas Genaues bekannt war.

Die ersten zuverlässigen Mitteilungen machte jetzt der nach Oberrhein (Ofr) zurückgekehrte Kriegsgefangene Dr. Anton Pezold an die Dienststelle des Bayerischen Roten Kreuzes in Nürnberg. Dr. Pezold war in dem Lagergebiet zwischen Taished und Irkutsk als Arzt eingesetzt. Nach seinen Angaben befinden sich dort einige tausend Gefangene, unter ihnen auch ehemalige deutsche Soldaten, deutsche Zivilgefangene, aber ebenfalls Amerikaner, Engländer, Araber, Neger. Vier Jahre lang ist Dr. Pezold täglich durch die Lager dieses Gebietes gegangen. Angesichts der internationalen Besetzung dieser Lager wurde Dr. Pezold für diese Aufgabe bestimmt, weil er neun Sprachen spricht. Nach einer Revision seines eigenen Verfahrens wurde Dr. Pezold jetzt entlassen.

Unabhängig von der vorstehenden Mitteilung sind zu Anfang dieses Jahres mehrere Kriegsgefangenenpostkarten von Kriegsgefangenen in Straflagern aus dem Raum Wörkuta bei Angehörigen der Gefangenen in der Bundesrepublik eingetroffen.

Durch diese neuen Feststellungen ist die Diskussion über das Thema "Schweigelager" erneut entfacht worden. Sowohl die sibirischen Lager zwischen Taished und Irkutsk, wie die Lagergruppe Nr. 5110/36 (Wörkuta) sind ohne Ausnahme sogenannte Straflagern... Neu ist an den hier geschilderten Feststellungen vor allem die Zahl und die Besetzung der sibirischen Lager und die Tatsache, daß es entgegen den bisherigen sowjetischen Bestimmungen, wenn auch wahrscheinlich nur in Ausnahmefällen, deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischen Straflagern gestattet ist, Postkarten in die Heimat zu schreiben. Der in Rott bei Schwabach lebende Michael Koch erhielt mit einer solchen, von 30.11.1953 datierten, Postkarte das erste Lebenszeichen seines seit dem Frühjahr 1945 vermißten Sohnes Hans Michael Koch.

+ + +

Mitteilung an unsere Bezücker:

Der nächste Dienst erscheint am Dienstag, weil am 1. März in Nordrhein-Westfalen Arbeitsruhe herrscht.

Verantwortlich: Peter Raunau